



+ + Pressemitteilung + + Pressemitteilung + + Pressemitteilung + +

Österreichs Jugend für Schulfach Politische Bildung: Neue Regierung soll Forderung endlich umsetzen

Stuttgart/Wien 6.12.2013 – Ein eigenes Schulfach für Politische Bildung schon ab der Unterstufe: Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) unterstützt diese Forderung, mit der Österreichs Jugendorganisationen aktuell an die Koalitionsverhandler herantreten.

Die Jugend sei politikverdrossen und zeige kein Interesse an Mitbestimmung, lautet seit Jahren die Schutzbehauptung der regierenden Politik, wenn es darum geht, die Wünsche junge Menschen im parlamentarischen Alltag zu berücksichtigen. Wie realitätsfern diese Haltung ist, zeigt sich in Österreich derzeit so deutlich wie nie zuvor:

Österreichs Jugend fordert die regierende Politik mit klarer und geeinter Stimme auf, Politische Bildung als eigenes Schulfach ab der Unterstufe einzuführen. Mehr als 30 Schüler- und Jugendorganisationen unterstützen die Initiative. Eine Umfrage unter 1200 Schülern ergab 83 Prozent Zustimmung. „Die Politik muss nun Flagge zeigen: Interessiert sie sich tatsächlich für die Anliegen junger Menschen oder wollte sie sich vor sechs Jahren mit der Senkung des Wahlalters einfach nur gut dressierbares junges Stimmvieh heranzüchten?“, sagt der Österreicher Bernhard Winkler, Vorstandsmitglied der SRzG. Dass in Österreich 16- und 17-Jährige an allen bundesweiten Wahlen teilnehmen dürfen, ist europaweit ein positives Unikum. Dass ansonsten die Interessen junger Menschen vernachlässigt werden, ist das gleiche negative Phänomen wie in anderen alternden westlichen Staaten.

Das politische System braucht junge, gut ausgebildete Menschen als Regulativ für generationengerechte Politik. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich in Österreich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Über-60-Jährigen und Unter-20-Jährigen ins Gegenteil verkehrt: Während etwa im Jahr 1985 zwei Millionen Unter-20-Jährigen 1,5 Millionen über 60-Jährige gegenüberstanden, gab es im Jahr 2012 nur noch 1,7 Millionen Unter-20-Jährige und bereits knapp zwei Millionen Menschen über 60 Jahren (Quelle: Statistik Austria). Die Politik wird dazu verleitet, ihr Programm auf wählerstarke ältere Zielgruppen auszurichten.

Erst dieses Jahr belegte Österreich in einer Studie der Bertelsmann-Stiftung beim Thema Generationengerechtigkeit nur Platz 20 von 29. Das Ignorieren des Wunschs nach einem Schulfach Politische Bildung ist in doppelter Hinsicht falsch: „Zum einen wird damit in aller Deutlichkeit signalisiert, dass die Jugend nicht ernst genommen wird. Zum anderen wird die große

STIFTUNG
FÜR DIE RECHTE
ZUKÜNFTIGER
GENERATIONEN

Hausanschrift:
Mannsperger Str. 29
D-70619 Stuttgart

Tel. +49 (0) 711 /
28052777

Fax +49 (0) 3212 /
2805277

kontakt@srzg.de

www.srzg.de



Chance vertan, kommenden Generationen schon in jungen Jahren einen erleichterten Zugang zum Thema Politik zu ermöglichen“, so Winkler.

Medienkontakt:

SRzG, kontakt@srzg.de – Festnetz: +49 (0) 711 / 28 05 27 77

Österreich: Bernhard Winkler – Mobil: 0676 / 40 47 001

Deutschland: Martin Speer – Mobil: + 49 (0) 172 / 85 26 86 3

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist eine advokatorische Denkfabrik an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik und gilt als „bekanntester außerparlamentarischer Thinktank in Sachen Generationengerechtigkeit“ (Wirtschaftswoche). Sie wurde 1997 von einer überparteilichen Allianz fünf junger Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren ins Leben gerufen, wird von einem der jüngsten Stiftungsvorstände Deutschlands geleitet und verfolgt das Ziel, durch praxisnahe Forschung und Beratung das Wissen und das Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu schärfen. Die Stiftung ist finanziell unabhängig und steht keiner politischen Partei nahe.